

## Politik und Wirtschaft im Dialog

Unternehmergespräch mit den gewählten Abgeordneten des deutschen Bundestages im Wirtschaftsraum Augsburg.

Königsbrunn, 17. Oktober 2005



Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) veranstaltete in den Räumen der Firma Ampack Ammann GmbH & Co. KG, Abfüll- und Verpackungsmaschinen in Königsbrunn einen politischen Meinungsaustausch mit mittelständischen Unternehmern und den Abgeordneten Frau Miriam Gruss (FDP), Dr. Christian Ruck (CSU), und Heinz Paula (SPD)

Nach einer Betriebsbesichtigung, bei der die anwesenden Unternehmer Anregungen für ihr eigenes Unternehmen, sowie die Abgeordneten die Anregungen von einem Mittelständler übermittelt bekamen, diskutierten Unternehmer mit den Abgeordneten über Themen, die dem Mittelstand wichtig sind.

Gerade auf Grund der letzten Bundestagswahl ist es heute und zukünftig wichtig, sich auszutauschen, sagte Günter Schwab vom Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) in seiner Begrüßung. Es geht mir und den Unternehmern darum, dass die Anliegen und Anregungen der mittelständischen Wirtschaft von Ihnen als Abgeordnete in Ihre Parteien transportiert werden.

In der Diskussion wurden unter anderem die Themen Unternehmensnachfolge (Besteuerung von Unternehmen), Bürokratieabbau, Arbeitsmarkt / Kündigungsschutz, Innovationsbarrieren in Deutschland angesprochen.

Unternehmensnachfolge/ Steuerproblem: Wenn hier nichts

geschieht, so Unternehmer Penthaler von der Fa: Jaudt  
Dosiertechnik Maschinenbau, so wird ein Teil der Mittelständischen  
Unternehmen verkaufen oder schließen. Kein Nachfolger wird bei  
schlechter Ertragslage einen Kredit aufnehmen, um Steuern zu  
bezahlen, wenn er den überhaupt bekommt. Deshalb sei es dringend  
nötig, schnell Rechtssicherheit zu schaffen, wie auch immer die  
aussieht. Es sollte eine Gleichbehandlung der verschiedenen  
Rechtsformen angestrebt werden und es muss für die Nachfolger  
finanziell erträglich sein. Zum Wohle des Landes.

Bürokratieabbau: Einen breiten Raum beanspruchte der  
Bürokratieabbau, denn das Bundesrecht erfasst mittlerweile fast  
2.000 Gesetze, 3.000 Rechtsverordnungen und 85.000  
Einzelvorschriften. Das ist selbst für Fachleute kaum noch  
durchschaubar, so Schwab. Die Abgeordneten hatten hierfür volles  
Verständnis gezeigt, mahnten aber zugleich eine Prioritätenliste an,  
welche Gesetze bzw. Vorschriften aus dem Bundesrecht  
herausgenommen werden sollen. Ruck betonte, wie schwierig es sei,  
es jedem Recht zu tun.

Kündigungsschutz: Zum Thema Kündigungsschutz verwiesen die  
Unternehmer auf das Festhalten von Ihren Mitarbeitern in den  
vergangenen schwierigen Zeiten hin, die Mittelständler fordern  
mehr Flexibilität, um auf den Markt zu reagieren.

Wenn ein Betrieb entsprechende Aufträge hat, so stellt er gerne  
neue Mitarbeiter ein, wenn Aufträge einen längeren Zeitraum  
ausbleiben, so muss sich auch ein Unternehmen ohne Rechtsstreit  
und Abfindungen von einigen Mitarbeitern trennen können, bevor  
der ganze Betrieb in Insolvenz geht, wie die letzten Jahre gezeigt  
haben. Hierbei gab es je nach Parteizugehörigkeit  
unterschiedliche Meinungen der anwesenden Abgeordneten. Im  
Gegensatz zu den Konzernen so Schwab, stellt der Mittelstand mehr  
Mitarbeiter ein als aus.

Vergleich mit Osteuropa: Das Problem für die Mittelständler sind  
die hohen Lohnnebenkosten (bis zu 40 %).

Als Resümee der Veranstaltung sagte Schwab mit Zustimmung der  
Unternehmer und Abgeordneten, dass solche Treffen für beide  
Seiten sehr nützlich sind; man verabredete sich, diese einmal im  
Jahr abzuhalten.